Nr. 54a
XXXII. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
31. Januar 1903

Parlaments-Ausgabe

Haus der Abgeordneten.

(Fortsetzung aus der Abend-Ausgabe.)

Abg. Freiherr **v. Wangenheim**:

Die Hauptschwierigkeit in der Bekämpfung von Seuchen liegt in der Kontrolle, wo und wann ein Ausbruch auftritt. Diesem Punkte werden wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Ich weise da auf das Vorgehen der pommerschen Landwirtschaftskammer hin.

Das Kapitel wird genehmigt, ebenso debattelos Kapitel 104: Förderung der Viehzucht. Zu Kapitel 105: Förderung der Fischzucht nimmt das Wort

Abg. **v. Böhlendorff**-Kölpin (kons.):

Bei dem heutigen Reglement können die Fischmeister keine erfolgreiche Wirksamkeit in ihrem Revier entfalten. Da muß eingegriffen werden. Für die Ostsee muß ein neuer Dampfer beschafft werden, der alte reicht bei Seegang nicht aus. Der Staat muß auch die Interessen der Hochseefischerei wahrnehmen. Es dürfen keine Baggerungen und Bauten vorgenommen werden, wenn nicht der Landwirtschaftsminister die Erlaubnis dazu gibt. Wie gedenkt denn der Minister sein Wohlwollen gegenüber den Zeesfener Fischern in die Tat umzusetzen?

Abg. Frhr. **v. Plettenberg**-Mehrum (kons.):

Die Baggerungen am Rhein vertreiben die Fische, aber die armen Fischer müssen ihren Pachtzins weiter zahlen. Ich bitte den Minister, hier einen Nachlaß eintreten zu lassen oder eine Entschädigung zu gewähren.

Landwirtschaftsminister **v. Podbielski**:

Die Landwirtschaftsverwaltung steht der Anschaffung von Motorbooten freundlich gegenüber. Zur Entschädigung der Zeesfener Fischer hat der Kaiser durch Kabinetsordre Mittel zur Verfügung gestellt. Es schweben augenblicklich Erwägungen über deren Verteilung. Was die Fischereipachten am Rhein betrifft, so steht in den Pachtverträgen ausdrücklich, daß Entschädigungen für Schäden durch Baggerungen nicht beansprucht werden können. Trotzdem werden wir der Möglichkeit einer Entschädigung näher treten.

Das Kapitel wird genehmigt.

Bei Kapitel 106: Landesmeliorationen, Moor-, Deich-, Ufer- und Dünenwesen, ergreift das Wort

Abg. **Mooren** (Ctr.),

der im einzelnen auf der Tribüne unverständlich bleibt):

Er beschwert sich über die Zusammenschweißung zweier Meliorationsgenossenschaften und die Expropriation ländlicher Besitzer zu Gunsten der Großindustrie.

Landwirtschaftsminister **v. Podbielski**:

Die betreffenden Genossenschaften sind durch einen Majoritätsbeschluß in den fünfziger Jahren begründet worden. Der Erft-Genossenschaft sind seinerzeit 47,000 Mark erlassen worden, jetzt verlangt sie auch noch die Ablösung von Obligationen; das geht nicht an. Man kann doch nicht den Staatskredit in Anspruch nehmen, um Schulden zu tilgen. Die Schulden sind übrigens gar nicht so hoch, sie betragen 40 Mark pro Morgen bei der Erft-Genossenschaft; ähnlich liegt es bei der Niers-Genossenschaft. Es ist ja noch manches zu tun, wir werden mit Hilfe der Provinzverwaltung den Unterverbänden Beihilfen leisten.

Abg. **v. Bockelberg** (kons.):

Ich möchte einmal den Minister fragen, wie die Frage der Regulierung der unteren Oder steht. Die bestehenden Mißstände sollten ja beseitigt werden, es war auch eine erste Baurate bewilligt, aber unter der Bedingung der Annahme der Kanalvorlage. Die Regulierung ist aber im Interesse der Anwohner dringend, und ich möchte deshalb den Minister bitten, die Mittel zur Regulierung bereit zu stellen. Ohne Staatszuschuß ist eine Abhilfe durch die Interessenten nicht möglich. Die Regulierung von Flüssen, die im Interesse der Landeskultur liegt, muß in der Hand des Landwirtschaftsministers ruhen.

Landwirtschaftsminister **v. Podbielski**:

Vor etwa 150 Jahren ist eine Eindeichung von Netze und Warthe vorgenommen worden, aber beim Einfluß der Warthe in die Oder ist mit Absicht ein Stück nicht eingedeicht worden, damit die großen Wassermassen von Polen und Rußland ein Aufnahmebecken finden. Man wird immer Bedenken haben müssen, diese Wassermassen einzudeichen. In der wasserwirtschaftlichen Vorlage war eine andere Art der Regulierung der Unteroder vorgesehen. Den Abjazenten waren die Beiträge aber zu hoch. Wir werden deshalb im Frühjahr eingehende Erhebungen anstellen. Wir hoffen, durch Stauwerke die Beschwerden der Abjazenten beseitigen zu können; eine Sicherheit gibt es ja für Wasserbauten nicht. Ich bin ja bereit, solche Einzelheiten aus der großen Vorlage herauszunehmen. Aber ich hoffe, daß es in Zukunft einmal zur Verständigung über die große Vorlage kommen wird, daß wir nicht immer einzelne Stücke herauspflücken (Sehr richtig! links), sondern und prinzipiell über die ganze Vorlage verständigen. (Beifall links.)

Abg. **Kulker** (kons.):

Die Regulierung des Pissecklusses nach dem Süden zu ist eine der dringendsten Aufgaben, da die Pissek die einzige Entwässerung sämtlicher masurischen Seen bildet. Der halbe Kreis ist daran auf das lebhafteste interessiert. Redner hofft, daß noch in diesem Jahre Abhilfe geschaffen werde.

Regierungskommissar Geh. Rat **Schilling**:

Es schwebt ein Verfahren darüber, wer der rechtmäßige Besitzer des Flusses ist. Ich hoffe, dem Vorredner noch in diesem Jahre eine befriedigende Antwort geben zu können.

Abg. **v. Lüdell** (kons.):

Man mag ein noch so großer Freund der Kanalvorlage sein, aber man muß einen Unterschied machen zwischen Vorlagen, die einzelnen Kreisen große Vorteile bringen, und solchen, die große Mißstände abstellen.

Abg. **Mooren** (Ctr.)

wendet sich gegen den Minister, bleibt aber unverständlich.

Abg. **Pleß** (Ctr.)

befürwortet den Bau von Talsperren im Rheinland unter staatlichen Zuschüssen durch die Kommunalverwaltungen.

Auf eine Anfrage des

Abg. Frhr. **v. Wangenheim** (kons.)

bemerkt ein

Regierungskommissar,

im Regierungsbezirk Gumbinnen solle eine Räumungsgenossenschaft ins Leben gerufen werden, um den Beschwerden der dortigen Mühlenbesitzer über mangelnde Durchlässe abzuhelfen.

Abg. **v. Böhlendorff**-Kölpin (kons.)

wünscht die Errichtung von Wasserbaugenossenschaften und deren tatkräftige Unterstützung durch die Regierung.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Freiherrn **v. Wangenheim** (kons.) und **Glatzel** (natl.) wird das Kapitel genehmigt.

Es folgt die Beratung von Kapitel 107 (Ostbau) und Extraordinarium Kapitel 9.

Abg. **Dasbach** (Ctr.)

spricht über Wildschaden, wird aber vom Präsidenten unterbrochen, da in dem Kapitel von Wildschaden nirgends die Rede sei.

Abg. **Glatzel** (natl.):

Es wäre sehr erwünscht, wenn wir die Einfuhr an Obst entbehren und die Summen, die darin stecken, dem kleinen Landwirt zuführen könnten. Zur Deckung unseres Bedarfs fehlen uns etwa 15 Millionen Obstbäume. Besonders in Ost- und Westpreußen liegt der Obstbau sehr im argen, obwohl es sehr angebracht wäre, gerade dort etwas zu thun, da das Obst dort ein sehr feines Aroma hat. Die Einfuhr von Amerika ist im Steigen begriffen, und man wird immer höhere Schutzzölle verlangen. Es muß bei Zeiten Fürsorge getroffen werden. Ja, wir können uns in Obst sogar einen Exportartikel schaffen, der dem kleinen Mann zu gute käme, zumal die Obstbaumkultur nicht besonders große Schwierigkeiten verursacht. Die vorhandenen Obstbaumschulen sind, wie ich höre, nur nicht in der Lage, den Bedarf zu decken. Nun ist der Vorschlag gemacht worden, die Forstverwaltung sollte sich der Obstzucht annehmen; in jeder Försterei ist wohl ein geeigneter Platz vorhanden. Dieser Vorschlag ist gewiß der Erwägung und Prüfung wert. Der Obstmarkt befindet sich in den Städten vielfach auf dem niedrigsten Standpunkt der Höckerei. Ich möchte das Augenmerk des Ministers auch hierauf lenken.

Abg. **v. Wentzel**-Beimein (kons.):

Die Netzegegend ist durch die einseitige Bevorzugung der Schiffahrt zurückgekommen; früher waren dort blühende Ländereien, heute kann sich kein Karnickel ernähren. Ich bedauere, daß die Regierung keine Mittel zur Verbesserung der Netze einstellt.

Abg. Dr. **Arendt** (freik.):

Mir scheinen die Summen etwas knapp bemessen zu sein; der Minister sollte die Zahlen nicht als feste ansehen, sondern auch in schlechten Finanzzeiten für eine Erhöhung sorgen. Durch diese Mittel kann sehr viel für die Landwirtschaft geschehen. Die Mittel, die die den dem Landwirt zu den Staatsbeiträgen beitragen, sind geradezu staunenswert. Im Herzogtum Anhalt werden für diese Zwecke weit größere Aufwendungen gemacht.

Auf Anregung des Abg. Heimburg (kons.) bemerkt

Landwirtschaftsminister **v. Podbielski**:

Es sind verschiedene Klagen uns zugegangen, daß Wald- und Ackergebiete durch den Rauch anliegender industrieller Werke geschädigt werden. Das kommt daher, daß viele industrielle Werke nicht konzessionspflichtig sind. Wir werden dem Landwirt da stets helfend zur Seite stehen. In der letzten Zeit sind auch vielfache Rauchuntersuchungen angestellt worden, wir haben zwei Fachleuten einen entsprechenden Auftrag gegeben.

Abg. **Humann** (Ctr.)

bleibt unverständlich.

Präsident **v. Kröcher**:

Ich schlage vor, daß wir uns jetzt vertagen und auf die morgige Tagesordnung setzen: 1. Fortsetzung der zweiten Etatsberatung; a) Rest der heutigen Tagesordnung, b) Verwaltung der direkten Steuern, c) Verwaltung der indirekten Steuern, d) Etat der See-handlung. 2. Antrag Dr. Langerhans-Barth (Feuerbestattung).

Frhr. **v. Erffa** (zur Geschäftsordnung):

Ich erhebe gegen den letzten Punkt der Tagesordnung Einspruch. Die Staatshaushaltskommission arbeitet mit Hochdruck, wir haben gestern Abend bis ½ 12 Uhr gefeilt und heute Morgen wieder von 10 bis 11 Uhr, um den Etat fertig zu stellen. Ich meine, das Haus solle diesem Beispiel folgen und nicht seine Zeit mit Anträgen vertrödeln, die in keinem oder sehr losen Zusammenhang mit dem Etat stehen. (Sehr richtig! rechts.) Ich stelle hiermit den Antrag: 1. den Antrag Langerhans von der morgigen Tagesordnung abzusetzen, 2. alle anderen bereits gestellten Anträge, soweit sie mit in notwendigem sachlichen Zusammenhange mit dem Etat stehen und nicht eine Abänderung von Etatspositionen betreffen, und alle solche Anträge, die eventuell noch gestellt werden, bis nach Vollendung der zweiten Lesung des Etats zurückzustellen. Die Schwerins-Tage sind früher auch mehrfach ausgefallen.

Abg. **v. Eynern** (natl.):

Ich bin etwas überrascht über diesen Antrag und ebenso meine sämtlichen politischen Freunde. Nach dem bisherigen Gang der Geschäfte ist nicht zu befürchten, daß der Etat nicht rechtzeitig fertig wird, wenn wir nach der Gewohnheit des Hauses Initiativanträge erledigen. Es ist sehr anerkennenswert, daß die Budgetkommission mit Hochdruck arbeitet; es wäre aber auch sehr gut, wenn man sich die Beschlüsse derselben vorher aneignete. Ich bin immer erst in der Lage, aus den Zeitungen zu ersehen, welche Beschlüsse die Kommission gefaßt hat, und muß mir daraus ein Urteil für das Plenum bilden. Es wäre wünschenswert, wenn die Budgetkommission uns etwas mehr Zeit ließe zwischen ihren Beschlüssen und unseren Plenarberatungen. Ein derartiger prinzipieller Antrag bedeutet eine schwere Schädigung unserer parlamentarischen Verhandlungen, er würde uns mutlos machen, mit Initiativanträgen an das Haus zu kommen. Wenn wir den Etat fertig beraten, schicktuns das Ministerium sofort nach Hause. (Zuruf rechts: Nach der zweiten Lesung!) Wir waren jeder Einwirkung auf das öffentliche Leben außerhalb des Etats ausgeschlossen. Ein solcher Antrag sollte vorher dem Seniorenkonvent unterbreitet werden; er würde eine Aenderung der Geschäftsordnung bedeuten. Wir haben in der Geschäftsordnung die Einrichtung der Schwerinstage. Der Antrag Langerhans wird uns auch nicht lange beschäftigen, er wird begründet, Pastor Schall wird dagegen sprechen. (Heiterkeit.) Das ist doch kein so weltbewegender Antrag, daß er uns irgendwie in unserer Ruhe stören wird. Es sind aber noch andere Anträge eingebracht, ich erinnere an den Antrag Barth über die Wahlkreiseinteilung. Bei den bezeichneten Verhältnissen wird er zwar nicht angenommen, aber es ist gut, daß er immer wieder kommt: steter Tropfen höhlt den Stein. (Beifall links.)

Abg. Dr. **v. Heydebrandt** (kons., zur Geschäftsordnung):

Der Antrag ist meinen politischen Freunden angenehm. Der Abg. v. Eynern hat übersehen, daß die Anträge zwischen der zweiten und dritten Lesung des Etats beraten werden sollen; wir haben also der Einwirkung auf den Etat theoretisch uns nicht begeben. Wir wollen gerade jetzt vor den Wahlen den Ministern unsere Beschwerden vorbringen. Ich halte die Anregung für dankenswert.

Abg. Dr. **Porsch** (Ctr.):

Ich kann mich im wesentlichen den Ausführungen des Abg. v. Heydebrandt anschließen. Ich fasse den Antrag so auf, daß er immer wiederkommen wird, um andere Gegenstände von der Tagesordnung abzusetzen. Gerade von der linken Seite des Hauses ist in den letzten Jahren Klage darüber erhoben worden, daß der Etat nicht rechtzeitig fertiggestellt worden ist. In diesem Jahr ist die Möglichkeit vorhanden, weil Ostern spät trifft und das Herrenhaus so in der Lage ist, bis zum 31. März sich der Etatsberatung hinzugeben. Wenn wir vor Weihnachten einberufen würden, ließen sich unsere Geschäfte zweckmäßiger verteilen. Nachdem wir aber so einberufen sind, müssen wir sehen, daß wir fertig werden. Deshalb ist es kein Unrecht, wenn wir nach dem Antrage Erffa vorgehen. Die Anträge können wir nach der zweiten Lesung erledigen. Wir binden uns übrigens die Hände nicht. Wir sind in der Lage, wenn ein dringender besonders dringlich ist, diesen vorweg zu nehmen. Die vortiegende Antrage kann ich nicht als dringlich bezeichnen.

Abg. **Funck** (fr. Vp.):

Bei der bisherigen Etatsberatung haben meine politischen Freunde keinen Anlaß zu einer Verschleppung gegeben. Namens meiner politischen Freunde kann ich mich wesentlich den Ausführungen des Abg. v. Eynern anschließen. Wir sind der Meinung, daß der Vorschlag des Freiherrn v. Erffa eine grundsätzliche Bedeutung hat. Es muß möglich gemacht werden, Anträge nach der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung zu setzen. Wir werden deshalb gegen den Antrag stimmen.

Abg. Dr. **Friedberg** (natl.):

Wenn wir uns nicht binden wollen, wie der Abg. Porsch meint, so war der Antrag nicht erforderlich. Zwei Punkte muß ich noch gegen den Antrag anführen. Manche Anträge werden eine Beratung in der Kommission nöthig machen. Wenn die Kommission erst sehr spät gewählt wird, so fehlt die Möglichkeit, die Beratungen zu beenden. Zwischen der zweiten und dritten Lesung können wir die Anträge nicht erledigen. Wir werden auch immer bestrebt sein, die Verhandlungen zu beschleunigen. Ich möchte dazu das Mittel der Abendsitzung in Vorschlag bringen.

Abg. **Ehlers** (fr. Vg.):

Wir alle im Hause teilen den Wunsch, mit dem Etat rechtzeitig fertig zu werden. Namentlich lebhaft ist der Wunsch, wenn die zweite Lesung begonnen hat, gegen Ostern pflegt er sich zu verlieren. Die Beobachtung habe ich schon heute gemacht. Auf Vorsätze im Januar lege ich deshalb wenig Wert. Ich bin auch Gegner von Beschlüssen, die man nachher wieder abändern muß. Ich frage mich vergeblich, welches ist der Anlaß, einen solchen Beschluß zu fassen? Der Präsident hat den Etat auf die Tagesordnung gestellt und dann für den nicht ganz unmöglichen Fall, daß wir mit diesem Etat vor 4 Uhr fertig werden, wie vorgestern den Antrag Langerhans auf die Tagesordnung gesetzt. Die beiden Antragsteller werden nichts dagegen haben, wenn dieser Antrag morgen noch nicht auf die Tagesordnung gestellt wird und vielleicht noch das Ministerium des Innern auf die Tagesordnung kommt, aber ich glaube, wir sollten es bei dem redlichen Willen, den Etat fertig zu stellen, vorläufig bewenden lassen und im übrigen den sachgemäßen Vorschlägen des Präsidenten vertrauen. Weshalb wollen wir dem Präsidenten Fesseln anlegen? — Ich wollte gestern eine Abendsitzung beantragen und habe das nur unterlassen, weil bereits eine Budgetkommissionssitzung angesagt war. Abendsitzungen werden für die Beschleunigung sehr vorteilhaft sein. Wenn die dritte Lesung der zweiten nicht gleich folgt, hat es keinen Zweck, da dann ja das Herrenhaus seine Beratungen doch nicht vornehmen kann. Ich schlage vor, daß wir dem Präsidenten das bisher erwiesene Vertrauen aufrecht erhalten.

Präsident **v. Kröcher**:

Der Abg. Ehlers ist vorher zu mir gekommen und hat mich gefragt: Sind Sie für den Antrag? — Mir ist der Antrag natürlich außerordentlich sympathisch, denn er beschleunigt die Etatsberatung.

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (freik.):

Angesichts der Geschäftslage scheint mir der Antrag das richtige getroffen zu haben. Wir müssen unsere Kraft auf den Etat konzentrieren. Ich glaube aber, daß wir nicht einen unbedingt bindenden Beschluß fassen sollen, sondern uns nur grundsätzlich über diese Frage aussprechen. Diese Geschäftsordnungsdebatte hat mehr Zeit gekostet als die Beratung des Antrages Langerhans. (Zustimmung.) Ich möchte vorschlagen, daß wir uns morgen grundsätzlich in der Richtung schlüssig werden und Tag für Tag Etatsberatungen abhalten.

Abg. **v. Eynern** (natl.):

Ich will dem Freiherrn v. Erffa das Vergnügen machen, meine Zustimmung dazu, daß der Antrag Langerhans morgen abgesetzt wird, zu geben. Ich will den Antrag dann auch einmal nachlesen. (Heiterkeit.) Wenn aber ein prinzipieller Antrag von dem Herrn v. Erffa vorliegt, so ist das, glaube ich, eine Aenderung der Geschäftsordnung. (Zuruf links: Natürlich!) Er betrifft den § 36, II unserer Geschäftsordnung. Ich glaube nicht, daß der Antrag in der Form eingebracht werden kann, wie er eingebracht worden ist. Es kommen die Bestimmungen des § 22 in Frage.

Abg. Frhr. **v. Erffa** (kons.):

Es kann mir nur darauf an, die Stimmung des Hauses über die Behandlung der Geschäfte kennen zu lernen. Ich nehme an, daß die meisten Herren, und auch die, die mich nicht ganz unterstützt haben, der Meinung sind, es soll im Etat fleißig weiter gearbeitet werden und nur Anträge, welche im engen Zusammenhange mit dem Etat stehen, verhandelt werden. Ich möchte den Präsidenten bitten, auch davon Akt zu nehmen, daß sich das Haus im ganzen damit einverstanden erklärt hat. (Lebhafter Widerspruch links.) Ich werde die Konsequenzen ziehen und bei jeder Tagesordnung beantragen, solche Anträge abzusetzen.

Abg. **v. Eynern** (natl.):

Ein Beschluß des Hauses kann nur durch Abstimmung festgestellt werden. (Zustimmung links.)

Abg. **Ehlers**:

Darüber herrscht Uebereinstimmung, daß die Etatsberatung nicht unnötigerweise unterbrochen werden soll. Niemand kann jedoch gehindert werden, zum Beispiel den Antrag Beckh über die Wahlkreiseinteilung beim Etat des Ministeriums des Innern in breitester Weise zu motivieren. In dieser Hinsicht sind wir bei der Beschleunigung der Etatsberatung auf die Mitwirkung sämtlicher Mitglieder des Hauses angewiesen.

Präsident **v. Kröcher**:

Ich darf also annehmen, daß nunmehr der Abg. v. Erffa seinen anderen Antrag zurückgezogen hat und nur die Absetzung des Antrages Langerhans wünscht. (Zustimmung des Abg. v. Erffa.)

Das Haus stimmt diesem Antrag zu.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr.

Schluß ½5 Uhr.

Deutscher Reichstag

247. Sitzung vom 30. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Graf v. Posadowsky, v. Goßler.

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht die bereits im Oktober v. J. eingebrachte Interpellation der Abgg. Dr. v. Dziembowski-Pomian (Pole) und Genossen:

„Die ungleichmäßige Behandlung der polnischen Bevölkerung innerhalb des deutschen Reiches, welche im Widerspruch steht mit der staatsrechtlichen Gleichheit vor dem Gesetz, die sich unter anderem insbesondere in einem Boykottpolnischer Gewerbtreibender und Kaufleute seitens der Militärbehörden kundgibt, in der Entziehung der Berechtigung zum einjährigfreiwilligen Dienst wegen geringfügiger Vergehen, in der Handhabung der Personenstandsgesetze sowie in der Behandlung politischer Tagesschriftsteller als gemeine Verbrecher, veranlaßt die Unterzeichneten zu der Anfrage an den Herrn Reichskanzler, was derselbe zu tun gedenkt, um diesen Zuständen ein Ende zu machen."

Die Interpellation ist auch von Mitgliedern des Centrums und elsässischen Abgeordneten unterzeichnet.

Abg. Dr. **Dziembowski**-Pomian

begründet die Interpellation: Die Regierung hat früher immer erklärt, daß eine Materie, wie sie unsere Interpellation enthält, zur Zuständigkeit der Einzelstaaten gehöre, aber bei der Besprechung der Wreschener Interpellation hat sich der Reichskanzler selbst sachlich beteiligt. Das zeigt, daß wir eine solche Angelegenheit hier zur Sprache bringen können. Tatsächlich ist der Reichstag formell und materiell zuständig. Es handelt sich zudem ja auch nicht um einzelne Fälle der Verletzung des Rechts, sondern um ein System. Den Schönheitsfehler der formellen Unzuständigkeit kann man daher nicht geltend machen. Diesen Standpunkt teilt auch der bekannte Staatsrechtslehrer Zachariä. Die polnische Bewegung ist eine elementare Volksbewegung, die das ganze Reich durchzieht. Wir appellieren an die öffentliche Meinung. Wir wollen lediglich unser Recht, und Recht soll Recht bleiben. Wir verlangen keine besonderen Liebenswürdigkeiten und Süßigkeiten. Die preußischen Könige haben uns polnische Sprache und Religionsfreiheit garantiert, und was haben wir heute? Noch am 30. Januar 1867 hat der Oberpräsident der Provinz